

Professor Dr. h.c. Christa Randzio- Plath

Vorsitzende Marie- Schlei- Verein

100 Jahre Internationaler Frauentag 2011 - 100 Jahre schwesterliche Solidarität

Als im Frankreich des 18. und Großbritannien des 19. Jahrhunderts die Frauen gegen ihre Unterdrückung aufbegehren und gleiche politische und bürgerliche Rechte sowie das Recht auf Bildung einforderten, war die internationale Solidarität sehr stark auf Europa beschränkt, mit den Streiks der Textilarbeiterinnen in New York und St. Petersburg wurden mehr Grenzen übersprungen, schwappte nach Australien, Neuseeland und Lateinamerika über. Aber erst seit dem Internationalen Jahrzehnt der Frau und der Proklamation des 8. März zum Internationalen Frauentag durch die Vereinten Nationen wurde aus dem Internationalen Frauentag ein weltweites Ereignis, das für Proteste und Forderungen nach Gleichberechtigung, Gleichstellung, Emanzipation und Gerechtigkeit weltweit genutzt wurde.

Der 8. März lebt weiter und muss weiter leben. Trotz aller beeindruckender Erfolge vom Frauenwahlrecht bis zur sexuellen Selbstbestimmung der Frau als Frauen- Menschenrecht und ihr Recht auf körperliche Unversehrtheit- Frauen werden in keiner Region der Welt gleich behandelt. Und die geschlechtsbedingte Ungleichheit ist die soziale Ungleichheit, die Beziehungen in einer Gesellschaft am meisten beeinflusst, weil sie nicht nur eine individuelle, sondern auch eine strukturelle Ungleichheit ist, die eine gerechtere Welt verhindert.

Die Millenniumsziele der Vereinten Nationen, die bis zum Jahr 2015 erreicht sein sollen, können nicht erfüllt werden, wenn Geschlechtergerechtigkeit und Frauen Empowerment weiterhin so sträflich vernachlässigt werden. Ohne mehr Geschlechtergerechtigkeit und Frauenförderung, wird die absolute Armut nicht bekämpft werden. Frauen stellen 80% der in absoluter Armut lebenden Menschen und 70% der sog. Working poor. Mit der Zunahme von Hunger vor allem in ländlichen Gebieten durch Klimawandel, Dürren, Umweltkatastrophen, aber auch bewaffnete Konflikte, durch Landnahme durch Schwellenländer wie China und Indien, durch internationale Konzerne, aber auch durch die Nahrungsmittelspekulationen, wird Frauenleben und Frauen-Überleben wieder schwieriger. Viele Frauen haben nur eine Mahlzeit am Tag und müssen das alltägliche Überleben organisieren. Auch Mütter- und Säuglingssterblichkeit haben nicht wie zugesagt abgenommen. Größere Anstrengungen der Völkergemeinschaft sind gefragt. Die Selbstheilungskräfte des Marktes können die Grundbedürfnisse der armen Menschen nicht erfüllen helfen- das haben die vergangenen Jahrzehnte gezeigt. Hilfe zur Selbsthilfe bleibt erforderlich als Beitrag zur schwesterlichen Solidarität.

Inzwischen wird auch der Anteil weiblicher Migranten immer größer, der mit dem Angebot der eigenen Arbeitskraft einen Beitrag zur Armutsüberwindung und Überwindung von Unterentwicklung leistet. 50% der Migranten sind schon Frauen. Sie übernehmen in den Industriestaaten die Sorgewirtschaft und machen vielen Frauen in Europa und USA die Vereinbarkeit von Beruf und Familie möglich. Gleichzeitig sind sie Devisenbringerinnen für ihre Heimatländer und finanzieren mit ihren Überweisungen von nahezu 75 ihrer Verdienste die Schulbildung und gesundheitliche Versorgung der Kinder, das Studium, aber auch den Bau eines Hauses für die Familie. Deswegen ist es so wichtig, auch den Zusammenhang zwischen Migration und Entwicklung aus Frauensicht zu betrachten. Gerade Frauen in den nachgefragten Gesundheitsberufen haben große Chancen. Und nicht immer ist der „brain drain“ für Entwicklungsländer von Nachteil. Durch Migration kann es für Entwicklungsländer

auch zu „brain gain“ kommen. Aber die Bedingungen müssen stimmen- die menschenrechtlichen und arbeits- sowie sozialrechtlichen Grundbedingungen müssen gewährleistet werden. Migrantinnen aus Entwicklungsländer müssen besonders vor Ausbeutung geschützt werden. Diese neue Herausforderung am 8. März 2011 muss angenommen, die UN- Konvention zum Schutz von MigrantInnen muss überall in Deutschland und Europa gelten und die Europäische Union muss gemeinsame Migrationskonzepte entwickeln, die die Europäische Union nicht zu einer Festung Europa machen.